

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 24/2025

12. Juni 2025

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz über das Ergebnis der Vorprüfung zum 2. Änderungsantrag zum Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Just Transition Fund (JTF) in der Förderperiode 2021–2027 gemäß § 35 Absatz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 22. Mai 2025 622

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Firma APROHA Agrarproduktions- und Handels GmbH am Standort 08606 Tirpersdorf OT Juchhöh, Hauptstraße 9 – Auslegung des Antrages und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2945 vom 15. Mai 2025 623

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der 1. Änderung zur Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rödertal vom 28. März 2025 Gz.: 20-2217/6/2 vom 27. Mai 2025 625

1. Änderung zur Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rödertal vom 28. März 2025 625

Andere Behörden und Körperschaften

Satzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) über die Erhebung von Gebühren und Auslagen vom 19. Mai 2025 626

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz über das Ergebnis der Vorprüfung zum 2. Änderungsantrag zum Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Just Transition Fund (JTF) in der Förderperiode 2021– 2027 gemäß § 35 Absatz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Vom 22. Mai 2025

Zum Programm des Freistaates Sachsen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Just Transition Fund (JTF) in der Förderperiode 2021–2027 wurde der 2. Änderungsantrag erstellt.

Die Bewertung der geplanten Programmänderung wurde auf der Grundlage der Resultate der vorliegenden Strategischen Umweltprüfung (SUP) zum EFRE/JTF-Programm 2021–2027 in dessen genehmigter Fassung vom 17. Oktober 2022 vorgenommen.

Gemäß § 37 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist, sind geringfügige Änderungen an bestimmten Plänen und Programmen im Rahmen einer Vorprüfung des Einzelfalls im Sinne von § 35 Absatz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung auf erhebliche Umweltauswirkungen zu untersuchen. Diese Untersuchung wurde begleitend zur Erstellung des 2. Änderungsantrags durch die Verwaltungsbehörde EFRE/JTF durchgeführt.

Auf Grundlage der Bewertungsergebnisse zur Änderung des EFRE/JTF-Programms 2021–2027 wurde festgestellt, dass von der geplanten Programmänderung keine erheblichen Veränderungen der Umweltauswirkungen gegenüber dem genehmigten Programm in der Fassung vom 17. Oktober 2022 ausgehen.

In Anbetracht der Resultate der durchgeführten Vorprüfung der voraussichtlichen Umweltwirkungen ist daher gemäß § 35 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine erneute Strategische Umweltprüfung (SUP) für die Änderung des EFRE/JTF-Programms 2021–2027 nicht erforderlich.

Das Ergebnis der Vorprüfung und der entsprechende Umweltbericht vom 7. Oktober 2022 stehen auf der Internetseite der Strukturfonds in Sachsen unter folgendem Link zur Einsichtnahme bereit:

www.europa-fördert-sachsen.de

Dresden, den 22. Mai 2025

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Reinhard Flaskamp
Leiter der Verwaltungsbehörde EFRE/JTF

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Firma APROHA Agrarproduktions- und Handels GmbH am Standort 08606 Tirpersdorf OT Juchhöh, Hauptstraße 9 – Auslegung des Antrages und der Unterlagen –

Gz.: 44-8431/2945

Vom 15. Mai 2025

Die APROHA Agrarproduktions- und Handels GmbH am Standort 08606 Tirpersdorf OT Juchhöh, Hauptstraße 9, beantragte mit Datum vom 15. Januar 2025 die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 58) geändert worden ist, für die wesentliche Änderung der Rinder- und Biogaserzeugungsanlage am Standort Tirpersdorf, Gemarkung Juchhöh, Flurstücke 131/18, 136, 173/1, 186/d, 188/2, 188/3, 189, 190, 191/8, 256, 257/2. Die Anlage unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt nach § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 355) geändert worden ist, in Verbindung mit den Nummern 1.16, 7.1.5, 8.6.3.1, 9.1.1.1 und 9.36 des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen.

- Die Änderung beinhaltet im Wesentlichen
- Änderung der Tierplatzverteilung im Milchviehstall I sowie Errichtung eines Treibganges mit Verbindung zum Milchviehstall II
 - Errichtung eines Milchviehstalles II mit Melkzentrum
 - Errichtung eines Milchviehstalles III
 - Errichtung eines Milchviehstalles IV
 - Errichtung eines Kälberstalles mit Einzelhaltung
 - Errichtung von drei Kälberställen mit Gruppenhaltung
 - Errichtung einer Milchküche für Kälber
 - Änderung der Lage der Gasfackel
 - Errichtung einer Versorgungszentrale (Gebäude) zur zentralen Medienversorgung für Wärme, Strom und Wasser
 - Aufstellung eines Wärmepufferspeichers
 - Errichtung eines Lagers und einer Trocknung für Hackgut
 - Änderung der Lage der Behälter zur Wasseraufbereitung
 - Errichtung eines Löschwasserbehälters
 - Aufstellung eines Notstromaggregates II
 - Errichtung eines Kadaverlagers
 - Errichtung eines Abtankplatzes
 - Umnutzung des Schmutzwasserlagers zu einem Wasserbecken
 - Errichtung von vier JGS-Gruben
 - Errichtung einer Pumpstation am Milchviehstall II
 - Errichtung einer überdachten Tierverladung am Milchviehstall IV
 - Errichtung einer Dungverladung
 - Errichtung eines Waschplatzes

- Aufstellung einer Trafostation
- Errichtung von zwei neuen Fahrhilfen
- Errichtung einer Biogasanlage mit einer Substrathalle, einem Fermenter, einem Kombibehälter, drei gasdicht abgedeckte Gärrestbehälter
- Errichtung einer Biomethanaufbereitungsanlage (Gasaufbereitungsanlage)
- Erweiterung der vorhandenen Umwallung beziehungsweise des vorhandenen Havarieschutzwalles

Mit diesen Änderungen entsteht am Standort ein Betriebsbereich im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll 2026 erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Es wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 und 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Für dieses Vorhaben wurde die Zulassung zum vorzeitigen Beginn gemäß § 8a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Baufeldfreimachung beziehungsweise Rodung einer Laubholzfläche sowie diverse Tiefbauarbeiten (Erd-aushub, Baugrundvorbereitung, Fundament, Bodenplatte) beantragt.

Für das Änderungsvorhaben besteht gemäß § 9 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist, die Pflicht, eine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht durchzuführen.

Genehmigungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Die Verfahrensführung erfolgt durch das Referat Immissionsschutz der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Chemnitz, 09120 Chemnitz, Altchemnitzer Str. 41.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die

entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntmachung vorliegen, können nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

13. Juni 2025 bis einschließlich 14. Juli 2025

von jedermann eingesehen werden:

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,
Altchemnitzer Straße 41 in 09120 Chemnitz,
Montag bis Donnerstag von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Es wird empfohlen, vorab telefonisch einen Termin zu vereinbaren. Die Telefonnummer des Empfangsdienstes lautet: 0371 532-0.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom

13. Juni 2025 bis einschließlich 14. August 2025

schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig vorgebracht werden. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar. Es gilt das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind gemäß § 10 Absatz 3 Satz 9 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiber werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Antragstellerin ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.lids.sachsen.de/datenschutz.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins. Gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 5 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren findet ein Erörterungstermin nicht statt, wenn der Vorhabenträger die Durchführung eines Erörterungstermins nicht beantragt und die Genehmigungsbehörde im Einzelfall die Durchführung nicht für geboten hält. Sollte ein Erörterungstermin durchgeführt werden, ist hierfür innerhalb einer Frist bis zum 11. September 2025 eine Onlinekonsultation vorgesehen. Die anonymisierten und thematisch zusammengefassten Einwendungen werden in einer Cloud der Landesdirektion Sachsen eingestellt. Dabei ist zu beachten, dass lediglich den Behördenvertretern, dem Antragsteller sowie den Personen, die Einwendungen eingelegt haben, Lese- und Schreibrechte eingeräumt werden. Eine Absage des Erörterungstermins erfolgt auf der Internetseite der Landesdirektion.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter www.lids.sachsen.de/ bekanntmachung unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Chemnitz, den 15. Mai 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der 1. Änderung zur
Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rödertal
vom 28. März 2025**

Gz.: 20-2217/6/2

Vom 27. Mai 2025

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 16. April 2025 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Rödertal am 28. März 2025 beschlossene 1. Änderung zur Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rödertal genehmigt.

Die 1. Änderung zur Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rödertal tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 27. Mai 2025

Landesdirektion Sachsen
Caspar
Referatsleiter

**1. Änderung zur Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rödertal
vom 28. März 2025**

Auf Grund von §§ 50 und 51 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 636) geändert worden ist, §§ 4, 14 und 124 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, § 47 Absatz 2 in Verbindung mit § 6 Absatz 1 und § 5 Absatz 4 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, sowie §§ 2, 6, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung am 28. März 2025 beschlossen:

**I.
Änderung**

§ 16a wird wie folgt hinzugefügt:

**§ 16a
Prüfungswesen**

Der Zweckverband selbst besitzt kein eigenes Rechnungsprüfungsamt. Mit Bezug auf das SächsKornZG § 59 Absatz 1 Nr. 2 wird festgehalten, dass der Verband sich eines anderen kommunalen Rechnungsprüfungsamtes oder Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bedienen kann.

**II.
In-Kraft-Treten**

Die Aufnahme des § 16a in die Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rödertal tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Ottendorf-Okrilla, den 28. März 2025

Abwasserverband Rödertal
Pfeiffer
Verbandsvorsitzender

Andere Behörden und Körperschaften

Satzung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) über die Erhebung von Gebühren und Auslagen

Vom 19. Mai 2025

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Gesetzes über die Errichtung der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung hat der Verwaltungsrat der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) am 19. Mai 2025 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Erhebungsgrundsatz

Die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung erhebt für die Durchführung von Prüfungen i. S. d. § 4 SAKDG i. V. m. § 87 Abs. 2 SächsGemO Gebühren und Auslagen (Entgelte) nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 2 Entgeltschuldner

Gebühren- und Auslagenschuldner (Entgeltschuldner) ist die natürliche oder juristische Person, die die Prüfung beantragt hat; ferner derjenige, der die Schuld schriftlich übernommen hat oder für diese kraft Gesetzes haftet. Mehrere Schuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Gebührenmaßstab

(1) Die Gebühr wird nach dem in Stunden ausgedrückten Zeitaufwand je Bediensteten, auf eine viertel Stunde genau, berechnet.

(2) Wird eine Tätigkeit im Sinne von § 1 von Angehörigen der SAKD außerhalb des Dienstgebäudes der SAKD erbracht, so sind Gebühren nach Absatz 1 ferner zu berechnen für

1. Reisezeiten, die innerhalb der üblichen Arbeitszeit liegen oder von der SAKD besonders abgegolten werden,
2. Wartezeiten, die der Gebührenschuldner verursacht hat.

§ 4 Erhebung von Auslagen

Fallen im Zusammenhang mit Prüfungstätigkeiten Aufwendungen an, die nicht bereits in die Gebühr einbezogen sind, so werden diese vom Gebührenschuldner in der tatsächlich entstandenen Höhe als Auslagen erhoben. Auslagen werden für Aufwendungen jedoch nur dann erhoben, wenn sie zehn EUR übersteigen. Als nicht bereits in die Gebühr einbezogen gelten insbesondere:

1. Gebühren analog dem Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz -JVEG);
2. die bei Amtshandlungen außerhalb des Dienstgebäudes der SAKD den Bediensteten auf Grund gesetzlicher Vorschriften gewährten Vergütungen (Reisekostenvergütung, Auslagenersatz) und die tatsächlichen Kosten für die Bereitstellung von Räumen;
3. Aufwendungen für weitere Ausfertigungen, Abschriften und Auszüge, die auf besonderen Antrag erteilt werden. Für die Berechnung der als Auslagen zu erhebenden Schreibgebühren gelten die Vorschriften des § 136 Abs. 2 bis 4 der Kostenordnung (KostO) entsprechend.

§ 5 Gebührenhöhe

Die Gebühr für Prüfungsleistungen der SAKD beträgt 110,00 EUR je Stunde.

§ 6 Entstehung, Fälligkeit

(1) Die Gebühren- und Auslagenschuld entsteht mit der schriftlichen Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung. Gebühren und Auslagen werden einen Monat nach der Bekanntgabe des Festsetzungsbescheids an den Gebühren- und Auslagenschuldner fällig.

(2) Gebühren und Auslagen werden auch dann erhoben, wenn ein Antrag auf Vornahme einer gebührenpflichtigen Amtshandlung nach Beginn der sachlichen Bearbeitung vom Antragsteller zurückgenommen wird oder ein Antrag aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird oder eine Amtshandlung zurückgenommen oder widerrufen wird.

§ 7 Säumniszuschlag

(1) Werden Gebühren und Auslagen nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages entrichtet, ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 Prozent des jeweiligen abgerundeten rückständigen Betrags zu entrichten; abzurunden ist auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag. Bei Zahlung im Lastschriftverfahren gelten die Kosten als am Fälligkeitstag entrichtet.

(2) Ein Säumniszuschlag wird bei einer Säumnis von bis zu fünf Tagen nicht erhoben. Dies gilt nicht bei Barzahlung und bei garantierter oder mittels abstraktem Schuldversprechen abgesicherter Kartenzahlung.

§8
Inkrafttreten, Schlussbestimmung

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft, die Satzung vom 04. November 2019 über die Erhebung von Gebühren tritt außer Kraft.

Bischofswerda, den 19. Mai 2025

Emanuel
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

4. Juni 2025

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 244,54 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 62,77 Euro Postversand) bzw. 142,19 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,03 Euro zzgl. 3,67 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797 CLASSIC+4 Pressepost **Deutsche Post** 